

Anfrage Brandenburger betreffend Erfahrungen mit der KESB nach 22 Monaten

Seit rund 22 Monaten ist nun die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) in Betrieb. Die KESB hat die Aufgaben der ehemaligen Vormundschaftsbehörde übernommen. Dies bedeutet unter anderem, dass die KESB Adressatin für Meldungen wie Gefährdungsmeldungen ist, welche vormundschaftlich relevant sein können. Im Interesse der Betroffenen ist in diesen Fällen eine professionelle und zügige Abklärung der gemeldeten Probleme unabdingbar. Des Weiteren werden Entscheide betreffend vormundschaftlicher Massnahmen (wie Errichtung einer Beistandschaft, Fremdplatzierung, Sondersettings etc.) nicht mehr auf Gemeindeebene, sondern auf kantonaler Ebene - mit teils enormen Kostenfolgen für die Gemeinden - gefällt. Innerhalb der letzten Monate ist hier schweizweit ein grosser Unmut über das „schwarze Loch“ der KESB entstanden. Praktische Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass die betroffenen Gemeinden zur Kostengutsprache und zur Finanzierung der Massnahmen, welche von der KESB beschlossen wurden, verpflichtet sind und werden, sie aber gar nicht oder nur sehr zurückhaltend informiert werden. Aus Sicht der Gemeinden und Steuerzahler kann es nicht angehen, dass den in das Verfahren involvierten Gemeindebehörden, welche genauso wie die KESB selbst dem Datenschutz und der Schweigepflicht unterstehen, unter dem Deckmantel des Datenschutzes und Amtsgeheimnisses massgebliche Informationen systematisch vorenthalten werden.

Nach nun bald zwei Jahren ist es an der Zeit, ein Fazit über die KESB zu ziehen und allenfalls nötige Anpassungen vorzunehmen. Da die evtl. nötigen Anpassungen aber rechtliche Grundlagen bzw. die finanziellen und personellen Ressourcen betreffen könnten, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zum Beschwerderecht der Gemeinden zur Anfechtung von KESB-Beschlüssen?
2. Ist ein Fall von Anfechtung von KESB-Beschlüssen im Kanton Graubünden bekannt?
3. Wie lange dauert es durchschnittlich nach Eingang einer Meldung, bis die KESB tätig wird und wie lange dauert es durchschnittlich bis die KESB einen Entscheid fällt? Hat sich die Dauer von der Meldung bis zum Entscheid verlängert, seit die Gemeinden nicht mehr zuständig dafür sind?
4. Ist der Regierung bekannt, ob die Gemeinden mit der Effizienz und den Lösungen der KESB zufrieden sind?
5. Nimmt die KESB vor dem Fällen eines Entscheids mit der Gemeinde, welche die Kosten übernehmen muss, Kontakt auf? Versucht die KESB bei ihren Entscheiden zwischen den vormundschaftlichen Interessen und den finanziellen Folgen für die betroffenen Gemeinden eine ausgeglichene Lösung zu finden?
6. Haben sich seit der Einführung der KESB die Kosten für die Gemeinden erhöht? Falls ja, kann die Regierung diese ungefähr beziffern?
7. Welche durchschnittlichen Kosten pro Fall entstehen in den Organisationen der KESB? Wie hoch sind die höchsten Kosten für einen Einzelfall bis anhin?
8. Sieht die Regierung nach Klärung obiger Fragen Handlungsbedarf bei der Organisation KESB oder den rechtlichen Grundlagen?

Chur, 22. Oktober 2014

Brandenburger, Marti, Casanova-Maron (Domat/Ems), Albertin, Alig, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Burkhardt, Caluori, Casanova (Ilanz), Casty, Caviezel (Davos Clavadel), Crameri, Danuser, Della Vedova, Epp, Felix (Scul), Florin-Caluori, Giacomelli, Hug, Jenny, Joos, Kappeler, Koch (Igis), Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Kuoni, Lamprecht, Lorez-Meuli, Mathis, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Papa, Paterlini, Pedrini, Pfäffli, Salis, Schutz, Steiger, Thomann-Frank, Tomaschett (Breil), Toutsch, Valär, von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Wieland, Bonderer, Candrian, Natter, Sgier, Sonder



Sitzung vom

13. Januar 2015

Mitgeteilt den

14. Januar 2015

Protokoll Nr.

2

Anfrage Brandenburger

betreffend Erfahrungen mit der KESB nach 22 Monaten

Antwort der Regierung

1. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist der Kreis der Beschwerdeberechtigten abschliessend im Schweizerischen Zivilgesetzbuch geregelt. Das finanzielle Interesse der Gemeinden an möglichst kostengünstigen Massnahmen ist kein rechtlich geschütztes Interesse, das eine Beschwerdelegitimation begründen würde (Urteil des Bundesgerichts 5A_979/2013 vom 28.03.2014).
2. Nach Auskunft des Kantonsgerichts von Graubünden gab es bisher eine einzige Beschwerde einer Gemeinde, welche allerdings zurückgezogen wurde.
3. In absoluten Zahlen lässt sich die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den KESB nicht darlegen. Gefährdungsmeldungen werden von den KESB unverzüglich an die Hand genommen. Je nach Sachlage und Dringlichkeit erlässt die KESB innert ein bis zwei Arbeitstagen einen Entscheid. Nicht jede Gefährdungsmeldung führt indes zu einer Massnahme bzw. einem Entscheid. Im Erwachsenenschutz werden rund ein Drittel und im Kinderschutz rund 40% der Abklärungen ohne Massnahme bzw. Entscheid abgeschlossen. Bei latenten Gefährdungslagen kann es aber auch Jahre dauern, bis ein Entscheid gefällt werden kann, weil auf Informationen bzw. Handlungen Dritter gewartet werden muss oder ein längerer Beobachtungszeitraum angemessen ist.

Das Vormundschaftswesen war in Graubünden seit 1862 eine Kreis- und nicht eine Gemeindeangelegenheit. Der Vergleich über die Verfahrensdauer zwischen dem früheren und dem aktuellen System ist nicht möglich, da keine Erhebungen über die Bearbeitungszeiten in den Kreisen vorliegen.

4. Zwar sind gewisse Unmutsäusserungen von Gemeindevertretern gegenüber dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) als Aufsichtsbehörde gemacht worden; offiziell sind sie nur sehr vereinzelt an die Aufsichtsbehörde herantreten. Sorgen bereiten insbesondere die Höhe der Massnahmenkosten, welche subsidiär von den Gemeinden zu tragen sind, und mitunter auch die Ausführlichkeit von KESB-Entscheiden und die Zusammenarbeit zwischen den KESB und den Berufsbeistandschaften. Eine generelle Unzufriedenheit mit der Arbeit der KESB war aber nicht festzustellen.
5. Sofern insbesondere die finanziellen Interessen einer Gemeinde von einer geplanten Massnahme wesentlich berührt sind, haben sie gemäss Art. 11 der Verordnung zum Kindes- und Erwachsenenschutz (KESV) ein Anhörungsrecht. Die

Gemeinden werden daher vorgängig oder - im Fall von Gefahr im Verzug - nachträglich von den KESB angehört. Ein Akteneinsichtsrecht haben die Gemeinden von Bundesrechts wegen allerdings nicht.

Die KESB haben den bundesrechtlichen Auftrag, Gefährdungen von schutz- und hilfsbedürftigen Erwachsenen oder Kindern adäquat abzuwenden bzw. aufzufangen. Das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist stark vom Subsidiaritätsprinzip (KESB greift erst ein, wenn Eltern oder Erwachsene nicht selbst unter Ausnutzung der freiwilligen Angebote Abhilfe schaffen) und vom Verhältnismässigkeitsprinzip ("so viel wie nötig, so wenig wie möglich") geprägt. Dem Verhältnismässigkeitsprinzip folgend, ordnen die KESB die jeweils kostengünstigste angemessene Massnahme an. Dabei ist aber zu bedenken, dass vielfach keine Wahlmöglichkeit besteht, da überhaupt nur ein angemessenes Angebot vorhanden ist.

6. Kosten entstehen für die Gemeinden in zweifacher Hinsicht. Einerseits tragen sie anteilmässig die Kosten für die Führung der regionalen Berufsbeistandschaften. Andererseits sind sie zur subsidiären Tragung der Massnahmekosten im Kindes- und Erwachsenenschutz verpflichtet (Art. 63a Abs. 2 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch [EGzZGB]). Die dabei pro Gemeinde anfallenden Kosten können seitens des Kantons nicht beziffert werden.
7. Der Kostenrahmen für die Verfahrenskosten der KESB ist in der KESV vorgegeben. Pro Fall wurden von den KESB im Jahr 2013 durchschnittliche Verfahrenskosten von rund CHF 400.-- bis CHF 500.-- erhoben. Der höchste Rechnungsbetrag für Verfahrenskosten in einem Einzelfall betrug CHF 4'580.--.
8. Alle KESB in der Schweiz befinden sich noch in der Aufbau- bzw. in der Konsolidierungsphase, so dass eine abschliessende Beurteilung über den gesetzgeberischen Anpassungsbedarf noch nicht erfolgen kann. In gewissen Bereichen hat sich allerdings schon heute ein Revisionsbedarf gezeigt, weshalb das DJSG zurzeit eine Teilrevision der KESV vorbereitet. In der KESV werden insbesondere die Bestimmungen betreffend Verfahrens- und Massnahmekosten revidiert. Weiter geprüft wird eine Teilrevision des EGzZGB, welche auch den Auftrag Kleiskümin zur Prüfung einer Verbesserung des Abrechnungsmodus für die Mandatsträgerkosten der Berufsbeistände behandeln wird. Schliesslich hat der Bundesrat am 19. November 2014 zwei Anfragen aus dem Nationalrat zur Annahme empfohlen und in Aussicht gestellt, die Qualität, die Kosten und die Zahl der Massnahmen (betroffene Personen) sowie die Zielerreichung der Revision des Vormundschaftsrechts auf Bundesebene zu evaluieren.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Jäger

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

**Dumonda Brandenburger concernent las experientschas
cun la APUC suenter 22 mais**

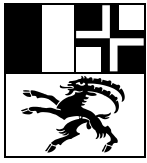
Dapi circa 22 mais è ussa en funcziun l'autorità per la protecziun d'uffants e da creschids (APUC). La APUC ha surpiglià las incumbensas da l'anteriura autorità tutelara. Quai vul dir tranter auter che la APUC è l'adressata p.ex. per annunziars da periclitaziun che pon esser relevantas per l'avugadia. En l'interess da las persunas pertutgadas è en quests cas indispensabel in scleriment professional e speditiv dals problems annunziads. Plinavant na vegnan tratgas las decisiuns concernent las mesiras tutelaras (sco la constituziun d'ina curatella, dal plazzament en in lieu ester, dals settings spezials e.u.v.) betg pli sin plaun communal, mabain sin plaun chantunal. Quai chaschuna per part custs enorms a las vischnancas. Entaifer ils ultims mais è naschida en l'entira Svizra ina gronda malcontentientscha davart la APUC sco "fora naira". Las experientschas praticas d'alters chantuns mussan che las vischnancas pertutgadas èn vegnidas e vegnan obligadas da surpigliar ina garanzia per ils custs e da finanziar las mesiras ch'èn vegnidas concluidas da la APUC, ma ch'ellas vegnan infurmadas mo fitg malamain u na vegnan insumma betg infurmadas. Or dal puntg da vista da las vischnancas e dals pajataglias na vai betg che las autoridades communalas partecipadas a la procedura vegnan privadas sistematicamain d'infurmaziuns decisivas. Las vischnancas èn suttamessas a la protecziun da datas ed a l'obligaziun da discreziun gist tuttina sco la APUC che las privescha da las infurmaziuns sut il pretext da la protecziun da datas e dal secret d'uffizi.

Suenter prest 2 onns èsi ussa ura da trair in facit davart la APUC ed eventualmain da far las adattaziuns necessarias. Perquai che las adattaziuns ch'èn eventualmain necessarias pudessan pertutgar la basa giuridica resp. las resursas finanzialas e personalas, supplitgesch jau la regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Tge posiziun ha la regenza envers il dretg da recurs da las vischnancas per contestar cunter ils conclus da la APUC?
2. È enconuscent in cas d'ina contestaziun cunter conclus da la APUC en il chantun Grischun?
3. Quant ditg duri en media suenter l'entrada d'ina annunzia fin che la APUC daventa activa e quant ditg duri en media fin che la APUC prenda ina decisiun? È la durada da l'annunzia fin a la decisiun sa prolungada dapi che las vischnancas n'èn betg pli cumpetentas per quai?
4. Sa la regenza, sche las vischnancas èn cuntentas cun l'effizienz e cun las soluziuns da la APUC?
5. Entra la APUC en contact cun la vischnanca che sto surpigliar ils custs, avant ch'ella prenda ina decisiun? Emprova la APUC da chattar ina soluziun equilibrada tranter ils interess tutelars e las consequenzas finanzialas per las vischnancas pertutgadas?
6. Èn s'augmentads ils custs per las vischnancas dapi l'introducziun da la APUC? Sche gea, als po la regenza circa numnar en cifras?
7. Tge custs medis per cas resultan en las organisaziuns da la APUC? Quant auts èn stads enfin ussa ils custs maximalis per in cas singul?
8. Vesa la regenza – suenter avair scleri las dumondas qua survart – in basegn d'agir en connex cun l'organisaziun da la APUC u en connex cun la basa giuridica?

Cuira, ils 22 d'october 2014

Brandenburger, Marti, Casanova-Marion (Domat), Albertin, Alig, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Burkhardt, Caluori, Casanova (Glion), Casty, Caviezel (Tavau Clavadel), Crameri, Danuser, Della Vedova, Epp, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Giacomelli, Hug, Jenny, Joos, Kappeler, Koch (Igis), Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Kuoni, Lamprecht, Lorez-Meuli, Mathis, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Papa, Paterlini, Pedrini, Pfäffli, Salis, Schutz, Steiger, Thomann-Frank, Tomaschett (Breil), Toutsch, Valär, von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Wieland, Bonderer, Candrian, Natter, Sgier, Sonder



Sesida dals

13 da schaner 2015

Communitgà ils

14 da schaner 2015

Protocol nr.

2

Dumonda Brandenburger

concernent las experientschas cun la APUC suenter 22 mais

Resposta da la regenza

1. Tenor la giurisdicziun dal tribunal federal è il circol da las persunas cun dretg da far recurs reglà definitivamain en il cudesch civil svizzer. L'interess finanziel da las vischnancas d'obtegnair mesiras uschè favuraivlas sco pussaivel n'è betg in interess giuridicamain protegì che motivass ina legitimaziun da far recurs (sentenzia dal tribunal federal 5A_979/2013 dals 28-03-2014).
2. Tenor l'infurmaziun da la dretgira chantunala dal Grischun hai dà fin ussa in'unica contestaziun d'ina vischnanca, ch'è dentant vegnida retratga.
3. En cifras absolutas na sa lascha betg preschentar la durada media d'ina procedura davant la APUC. Annunzias da periclitaziuns vegnan prendidas per mauns immediatamain da la APUC. Tut tenor ils fatgs e tut tenor l'urgenza relascha la APUC ina decisiun entaifer in fin dus lavurdis. Betg mintga annunzia da periclitaziun na maina dentant ad ina mesira resp. ad ina decisiun. En la protecziun da creschids vegnan terminads circa in terz ed en la protecziun d'uffants circa 40 % dals scleriments senza mesira resp. senza decisiun. En cas da situaziuns da periclitaziun latentas poi però er durar onns fin ch'ina decisiun po vegnir prendida, perquai ch'ins sto spetgar infurmaziuns resp. acziuns da terzas persunas u perquai ch'ina perioda d'observaziun pli lunga è adequata.

Ils fatgs tutelars èn stads en il Grischun dapi l'onn 1862 ina fatschenta circuitala e betg ina fatschenta communal. I n'è betg pussaivel da cumparegliar la durada da la procedura tranter il sistem anteriur e quel actual, perquai ch'i n'èn betg avant maun retschertgas davart ils temps d'elavuraziun en ils circuls.

4. Represchentants da la vischnanca han bain manifestà lur malcontentientscha envers il departament da giustia, segirezza e sanadad (DGSS) sco autoritad da surveglianza; uffizialmain han els contactà mo en singuls cas l'autoritad da surveglianza. Quitads fan en spezial l'atezza dals custs da las mesiras che ston vegnir surpigliads subsidiarmain da las vischnancas, e mintgant er l'executabilitad da las decisiuns da la APUC sco er la collavuraziun tranter las APUC e las curatellas professunalas. Ina malcontentientscha generala cun la lavur da la APUC n'è dentant betg vegnida constatada.
5. Sch'ils interess finansials d'ina vischnanca èn pertutgads particularmain d'ina mesira previsa, han las vischnancas tenor l'art. 11 da l'ordinaziun davart la protecziun d'uffants e da creschids (OPUC) in dretg d'audiziun. Las vischnancas vegnan perquai consultadas ordavant ubain – en il cas ch'in privel resulta dal

retard – posteriuramain tras las APUC. In dretg da prender invista da las actas n'han las vischnancas – tenor il dretg federal – dentant betg.

Las APUC han l'incumbensa dal dretg federal d'evitar resp. da parar adequatamain periclitaziuns da creschids u d'uffants che han basegn da protecziun e d'assistenza. Il dretg da la protecziun d'uffants e da creschids stat fermamain sut l'ensaina dal princip da subsidiaridad (la APUC intervegn pir, sche geniturs u creschids na reusseschan betg sezs profund da las purschidas facultativas) e dal princip da commensurabladad ("uschè bler sco necessari, uschè pauc sco pussaivel"). Suandond il princip da commensurabladad ordineschan las APUC la mesira adequata ch'è mintgamai la pli favuraivla. Qua èsi da considerar che bleras giadas n'exista nagina pussaivladad d'eleger, perquai ch'i dat insumma mo ina purschida adequata.

6. Custs resultan per las vischnancas en dus regards. Per l'ina surpiglian ellas proporziunalmain ils custs per la gestiun da las curatellas professiunalas regiunalas. Per l'otra èn ellas obligadas da surpigliar subsidiarmain ils custs da las mesiras en la protecziun d'uffants e da creschids (art. 63a al. 2 lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer [LitCCS]). Ils custs che resultan qua per vischnanca na po il chantun betg numnar en cifras.
7. Il rom dals custs per las proceduras da la APUC è prescrit a la APUC. Per cas ha la APUC incassà l'onn 2013 custs da procedura medis da circa 400.– fin 500.– francs. L'import maximal d'in quint per custs da procedura en in cas singul è stà 4580.– francs.
8. Tut las APUC en Svizra sa chattan anc en la fasa da constituziun resp. da consolidaziun, uschia ch'in giudicament definitiv davart il basegn d'adattar la legislaziun na po betg anc vegnir dà. En tscherts secturs è però sa mussà gia oz in basegn da revisiun, uschia ch'il DGSS prepara actualmain ina revisiun parziala da la OPUC. En la OPUC vegnan revedidas particularmain las disposiziuns concernent ils custs da procedura e da mesiras. Plinavant vegni examinà da far ina revisiun parziala da la LitCCS, che vegn er a tractar l'incumbensa Kleis-Kümin concernent l'empruvar da meglierar il modus da facturaziun per ils custs dals mandataris da las curatellas professiunalas. La finala ha il cussegl federal recumandà ils 19 da november 2014 d'acceptar duas dumondas dal cussegl na-zional ed empermess da vulair evaluar la qualitat, ils custs ed il dumber da las mesiras (persunas pertutgadas) sco er da vulair controllar, sche las finamiras da la revisiun dal dretg tutelar èn vegnidas cuntanschidas sin plaun federal.



En num da la regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Martin Jäger".

Martin Jäger

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "dr. C. Riesen".

dr. C. Riesen

Interpellanza Brandenburger concernente le esperienze con l'APMA dopo 22 mesi

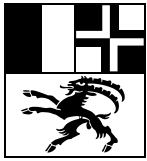
Da circa 22 mesi è ormai attiva l'Autorità di protezione dei minori e degli adulti (APMA), che ha rilevato i compiti dell'ex autorità tutoria. Questo significa tra le altre cose che l'APMA è la destinataria per segnalazioni quali avvisi di minaccia che potrebbero essere rilevanti dal punto di vista tutorio. Per il bene degli interessati, in questi casi è indispensabile un accertamento professionale e rapido dei problemi segnalati. Inoltre, le decisioni concernenti misure tutorie (quali istituzione di una curatela, affidamento, setting particolari, ecc.) non vengono più prese a livello comunale, bensì a livello cantonale, in parte con enormi conseguenze finanziarie per i comuni. A questo proposito, negli ultimi mesi a livello nazionale si è percepito grande malumore sul "buco nero" rappresentato dall'APMA. Le esperienze fatte dagli altri Cantoni hanno mostrato che i comuni interessati sono e vengono anche obbligati a rilasciare garanzie di assunzione dei costi e a finanziare le misure decise dall'APMA, ma che essi non ricevono informazioni in merito oppure le ricevono solo con grande moderazione. Per i comuni e i contribuenti non è accettabile che alle autorità comunali coinvolte nella procedura, soggette proprio come la stessa APMA alla protezione dei dati e al segreto professionale, vengano sistematicamente tenute nascoste importanti informazioni con il pretesto della protezione dei dati e del segreto professionale.

Dopo ormai quasi due anni, è ora giunto il momento di fare una valutazione intermedia dell'APMA e di procedere eventualmente ai necessari adeguamenti. Poiché gli eventuali adeguamenti necessari potrebbero interessare basi giuridiche o risorse finanziarie e di personale, invito il Governo a rispondere alle seguenti domande:

1. Qual è la posizione del Governo in merito al diritto di ricorso dei comuni relativo alla contestazione di decisioni APMA?
2. Nel Cantone dei Grigioni sono noti casi di contestazione di decisioni APMA?
3. Quanto tempo intercorre in media dalla ricezione di un avviso fino a quando l'APMA si attiva e quanto tempo occorre in media prima che l'APMA prenda una decisione? Da quando i comuni non sono più responsabili, l'attesa dalla notifica alla decisione si è fatta più lunga?
4. Al Governo è noto se i comuni sono soddisfatti dell'efficienza e delle soluzioni dell'APMA?
5. Prima di prendere una decisione, l'APMA contatta il comune che dovrà farsi carico dei costi? Nelle sue decisioni, l'APMA cerca di trovare una soluzione equa tra gli interessi tutori e le conseguenze finanziarie per i comuni interessati?
6. Dall'introduzione dell'APMA i costi per i comuni sono aumentati? Se sì, il Governo può indicare un importo approssimativo?
7. Quali costi medi per caso risultano nelle organizzazioni dell'APMA? A quanto ammontano finora i costi massimi per un caso singolo?
8. Dopo aver chiarito le domande precedenti, il Governo vede una necessità di agire riguardo all'organizzazione APMA o per quanto riguarda le basi giuridiche?

Coira, 22 ottobre 2014

Brandenburger, Marti, Casanova-Marion (Domat/Ems), Albertin, Alig, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Burkhardt, Caluori, Casanova (Ilanz), Casty, Caviezel (Davos Clavadel), Cramer, Danuser, Della Vedova, Epp, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Giacomelli, Hug, Jenny, Joos, Kappeler, Koch (Igis), Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Kuoni, Lamprecht, Lorez-Meuli, Mathis, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Papa, Paterlini, Pedrini, Pfäffli, Salis, Schutz, Steiger, Thomann-Frank, Tomaschett (Breil), Toutsch, Valär, von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter, Wieland, Bonderer, Candrian, Natter, Sgier, Sonder



Seduta del

13 gennaio 2015

Comunicata il

14 gennaio 2015

Protocollo n.

2

Interpellanza Brandenburger

concernente le esperienze con l'APMA dopo 22 mesi

Risposta del Governo

1. Secondo la giurisprudenza del Tribunale federale, la cerchia degli aventi diritto di ricorso è disciplinata in modo esaustivo dal Codice civile svizzero. L'interesse finanziario dei comuni a ottenere misure possibilmente economiche non è un interesse giuridicamente tutelato che motiverebbe una legittimazione a presentare ricorso (sentenza del Tribunale federale 5A_979/2013 del 28.03.2014).
2. Stando alle informazioni del Tribunale cantonale dei Grigioni, finora vi è stato solo un ricorso da parte di un comune, tuttavia ritirato.
3. Non è possibile indicare in cifre assolute la durata media dei procedimenti in seno all'APMA. L'APMA si occupa immediatamente degli avvisi di minaccia. A seconda della situazione e dell'urgenza, l'APMA emana una decisione entro uno-due giorni lavorativi. Non tutti gli avvisi di minaccia portano però a una misura o a una decisione. Circa un terzo degli accertamenti nella protezione degli adulti e circa il 40% di quelli nella protezione dei minori si conclude senza misure o decisioni. In caso di situazioni di minaccia latenti possono però trascorrere anche degli anni prima che sia possibile prendere una decisione, poiché occorre aspettare informazioni o atti di terzi oppure poiché è indicato un periodo di osservazione più lungo.

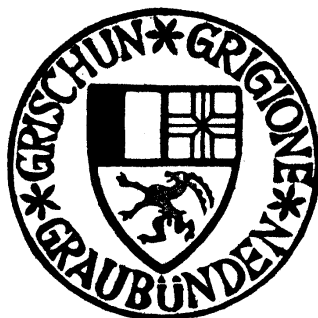
Dal 1862 la tutela nei Grigioni è stata un compito dei circoli, non dei comuni. Un confronto relativo alla durata delle procedure tra il sistema precedente e quello attuale non è possibile, in quanto non si dispone dei rilevamenti relativi ai tempi di evasione nei circoli.

4. Anche se rappresentanti comunali hanno espresso determinati malumori all'indirizzo del Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità (DGSS) quale autorità di vigilanza, in via ufficiale si sono però rivolti all'autorità di vigilanza solo in casi molto rari. Sono fonte di preoccupazione in particolare l'ammontare dei costi delle misure a carico del comune in via sussidiaria e a volte anche il grado di dettaglio delle decisioni APMA e la collaborazione tra l'APMA e gli uffici dei curatori professionali. Non è tuttavia stato accertato uno scontento generalizzato con l'operato dell'APMA
5. Conformemente all'art. 11 dell'ordinanza relativa alla protezione dei minori e degli adulti (OPMinA), se la misura prevista tocca in modo sostanziale gli interessi del

comune, in particolare quelli di tipo finanziario, al comune va data la possibilità di prendere posizione. Per questo motivo, i comuni vengono dunque prima sentiti dalle APMA; in caso di pericolo nel ritardo ciò avviene a posteriori. Tuttavia, in base al diritto federale, i comuni non hanno il diritto di consultare gli atti.

Le APMA hanno l'incarico conferito loro dal diritto federale di evitare o di neutralizzare adeguatamente le minacce per adulti o minori bisognosi di protezione e di aiuto. Il diritto in materia di protezione dei minori e degli adulti è fortemente caratterizzato dal principio di sussidiarietà (l'APMA interviene solo quando genitori o adulti non ricorrono spontaneamente alle offerte esistenti) e dal principio della proporzionalità ("quanto necessario, ma il meno possibile"). Seguendo il principio della proporzionalità, le APMA ordinano sempre la misura adeguata più economica. Va osservato che nella maggior parte dei casi non vi è possibilità di scelta, poiché è disponibile una sola offerta adeguata.

6. I costi risultano per i comuni da due punti di vista. Da un lato si assumono i costi proporzionali per la gestione degli uffici regionali dei curatori professionali. Dall'altro sono tenuti ad assumersi in via subordinata i costi delle misure nell'ambito della protezione dei minori e degli adulti (art. 63a cpv. 2 legge d'introduzione al Codice civile svizzero [LICC]). Il Cantone non è in grado di quantificare i costi a carico di ogni comune.
7. I limiti per le spese procedurali delle APMA sono definiti dall'OPMinA. Per ogni caso, nel 2013 l'APMA ha riscosso spese procedurali pari in media a circa 400 – 500 franchi. In un singolo caso, l'importo più elevato di una fattura per spese procedurali è stato di 4'580 franchi.
8. Tutte le APMA in Svizzera si trovano ancora nella fase di costituzione e di consolidamento, non può dunque ancora avvenire una valutazione definitiva relativa alla necessità di adeguamenti legislativi. In determinati settori, già oggi si è tuttavia palesata una necessità di revisione, ragione per cui il DGSS sta elaborando una revisione parziale dell'OPMinA. In questa ordinanza vengono in particolare sottoposte a revisione le disposizioni concernenti le spese procedurali e i costi delle misure. Inoltre, si sta esaminando una revisione parziale della LICC che tratterà anche l'incarico Kleis-Kümin relativo all'esame di un miglioramento della modalità di conteggio per i costi dei mandatari dei curatori professionali. Infine, il 19 novembre 2014 il Consiglio federale ha proposto di accogliere due interrogazioni del Consiglio nazionale ed ha prospettato l'esame di qualità, costi e numero delle misure (numero di persone coinvolte), nonché il conseguimento degli obiettivi della revisione del diritto tutorio a livello federale.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Martin Jäger".

Martin Jäger

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dr. C. Riesen".

Dr. C. Riesen